

**05/26**

**STIMME**

**DER WIRTSCHAFT**

**ZÜRCHER  
HANDELSKAMMER**



Editorial

## Nein zur Initiative «Keine-10-Millionen-Schweiz!»

**A**m 14. Juni stimmt die Schweiz über die Volksinitiative «Keine-10-Millionen-Schweiz!» ab. Der Titel klingt griffig – die Folgen sind es nicht. Die Vorlage greift tief in das wirtschaftliche Fundament unseres Landes ein.

Im Kern verlangt sie einen starren Bevölkerungsdeckel. Bereits in wenigen Jahren dürfte die Schweiz 9,5 Millionen Einwohner erreichen, womit erste Einschränkungen greifen würden. Und spätestens wenn die Bevölkerung vor 2050 auf 10 Millionen ansteigt, müsste die Zuwanderung faktisch gestoppt werden – unabhängig vom Bedarf an Arbeitskräften.

Genau hier liegt das Problem: Die Schweiz steht vor einer demografischen Realität, die sich nicht wegregulieren lässt. Seit Jahren gehen mehr Menschen in Pension, als Junge nachrücken. Ohne Zuwanderung schrumpft die Erwerbsbevölkerung. Ein fixer Deckel würde den Arbeitskräftemangel massiv verschärfen – etwa im Gesundheitswesen, in der Industrie, im Bau, in der IT, in der Landwirtschaft und im Tourismus.

Die wirtschaftlichen Folgen wären fatal. Offene Stellen könnten nicht mehr besetzt, Projekte verzögert oder gar nicht realisiert werden. Gleichzeitig stiegen Löhne und Preise, während die Wettbewerbsfähigkeit sinken würde. Für international tätige Firmen verlöre der Standort Schweiz an Attraktivität – Investitionen, Wertschöpfung und Arbeitsplätze würden abwandern.

Auch für Erwerbstätige würde es teurer: Wenn weniger Menschen arbeiten, aber mehr Rentner finanziert werden müssen, steigt der Druck auf Löhne, Steuern und Abgaben. Kaufkraft und Wohlstand geraten unter Druck.

Zudem gefährdet die Initiative den bilateralen Weg mit der EU. Sie zielt auf die Kündigung der Personenfreizügigkeit und damit auf das Ende der Bilateralen I – wichtige Abkommen für Handel, Verkehr und Forschung.

Diese Abkommen sind jedoch zentral für den Zugang zu unserem wichtigsten Absatzmarkt. Wer sie aufs Spiel setzt, gefährdet Jobs, Investitionen und die internationale Vernetzung der Schweiz.

Die Initiative ersetzt bewährte, flexible Lösungen durch eine starre Zahl in der Verfassung. Sie verschärft Probleme, statt sie zu lösen. Für einen offenen, vernetzten Wirtschaftsstandort ist sie ein fataler Kurs.

Die Zürcher Handelskammer lehnt diese Vorlage deshalb klar ab. Wer Arbeitsplätze sichern und den Wohlstand erhalten will, sagt Nein zur Initiative «Keine 10 Millionen Schweiz!». ▽

**RAPHAËL TSCHANZ,  
DIREKTOR ZÜRCHER HANDELSKAMMER**

# Wohn-Initiativen würden die Wohnungsnot verschärfen

Am 14. Juni stimmt Zürich über die Wohnschutz- und die Wohnungsinitiative ab. Beide bringen mehr staatliche Eingriffe, mehr Auflagen und mehr Unsicherheit. Deshalb lehnt die Zürcher Handelskammer beide Wohn-Initiativen entschieden ab.

LUKAS AECHERLI

Die Angebotsmieten steigen, der Wohnungsbau kann nicht mit der hohen Nachfrage fürs Wohnen mithalten und die Anzahl freier Wohnungen verharrt auf sehr tiefem Niveau. Eine ausreichende Wohnraumversorgung wird im Kanton Zürich immer mehr zum kritischen Standortfaktor.

Am 14. Juni kommen zwei wohnpolitische Initiativen zur Abstimmung, die das Problem zwar aufgreifen, mit einem Mietendeckel (Wohnschutz-Initiative) und einer staatlichen Wohnbaugesellschaft (Wohnungsinitiative) jedoch am falschen Hebel ansetzen. Statt mehr Wohnraum zu schaffen, drohen sie das Angebot weiter zu verknappen.

## Zu wenig Angebot ist das Kernproblem

Die zentrale Herausforderung liegt im knappen Angebot. In der Agglomeration Zürich wächst die Bevölkerung seit Jahren schneller als der Wohnungsbestand. Gleichzeitig werden pro Kopf so wenig Wohnungen gebaut wie seit den 1950er-Jahren nicht mehr.

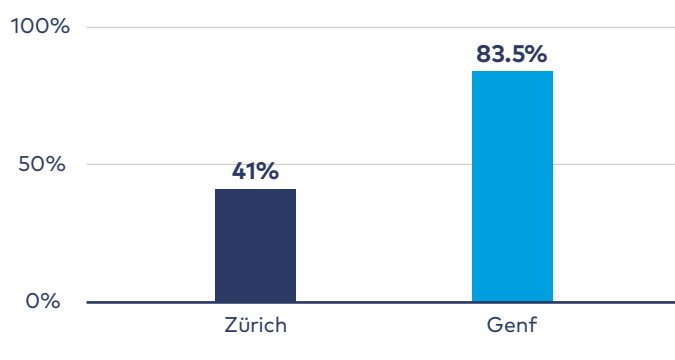
Die Initiativen blenden das grundlegende Zusammenspiel von Angebot und Nachfrage weitgehend aus. Stattdessen setzen sie bei den Symptomen an und verstärken mit zusätzlichen staatlichen Eingriffen die eigentliche Ursache.

## Genf zeigt die Folgen von Überregulierung

Ein Blick nach Genf, wo seit Jahrzehnten weitreichende Regulierungen gelten, zeigt, wohin eine solche Politik führt: Ein grosser Teil des Gebäudebestands ist veraltet, umfassende Erneuerungen bleiben aus.

Über 80 Prozent der Gebäude, die älter als 40 Jahre sind, wurden noch nie umfassend modernisiert. Gleichzeitig werden ebenfalls über 80 Prozent der Gebäude noch immer mit fossilen Brennstoffen beheizt.

## Anteil nicht umfassend renovierter Gebäude in Prozent in Zürich und Genf



Quelle: Avenir Suisse

Zudem entsteht ein zweigeteilter Wohnungsmarkt. Auf der einen Seite stehen bestehende Mieter mit geschützten, vergleichsweise tiefen Mieten. Auf der anderen Seite jene, die eine Wohnung suchen – und auf ein stark verknapptes Angebot treffen.

Die weitreichenden Regulierungen veränderten die Dynamik des Genfer Wohnungsmarktes grundlegend.

Während in Zürich die Angebotsmieten rund 18 Prozent über den Bestandsmieten liegen, beträgt dieser Unterschied in Genf rund 30 Prozent. Wer einmal eine günstige Wohnung hat, zieht kaum mehr um – selbst wenn sie nicht mehr zur Lebenssituation passt. Zu gross, zu klein oder am falschen Ort: Ein Umzug lohnt sich selten.

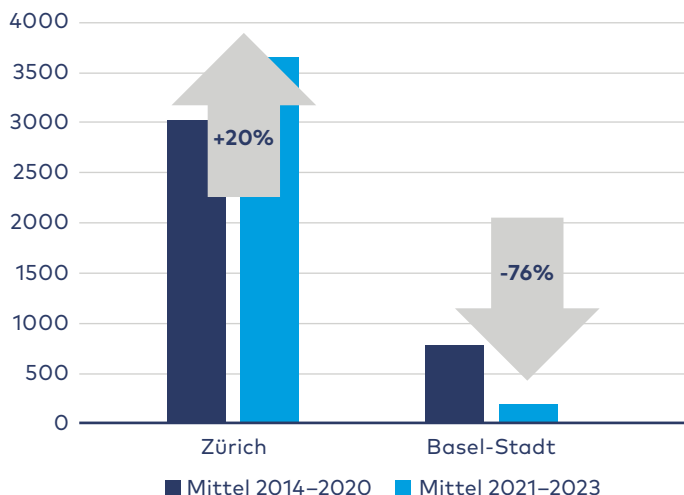
Die Leidtragenden sind Junge, Familien und Zugezogene. Für sie wird der Zugang zum Wohnungsmarkt zunehmend schwieriger.

## Warnsignale aus Basel-Stadt

Auch Basel-Stadt zeigt, wie sich regulatorische Eingriffe auswirken. Seit der Einführung strenger Wohnschutzregeln ist die Bautätigkeit deutlich eingebrochen.

Zwischen 2021 und 2023 gingen die Baugesuche für Wohnungen in Basel-Stadt um 76 Prozent zurück. In Zürich stieg die Anzahl Baugesuche im selben Zeitraum um 20 Prozent.

## Baugesuche nach Anzahl Wohneinheiten in Basel-Stadt und Zürich im Vergleich



Quelle: Swiss Real Estate Institute – amtliche Statistiken, Infopro Digital Schweiz GmbH

Weniger Bau bedeutet nicht nur weniger Wohnungen. Der vermeintliche Wohnschutz belastet auch das Basler Gewerbe stark. Weil weniger gebaut und kaum saniert wird, schrumpfen die Auftragsbücher. Die Umsätze brechen ein und Arbeitsplätze geraten unter Druck.

So sagte etwa Stephan Leiser, Geschäftsführer der Sanitärfirma Neth AG, im Jahr 2024 gegenüber der Basler Zeitung, dass sie «jetzt bis nach Frick arbeiten» gingen und fügte weiter an: «Wenn es so weitergeht, werden kleinere Firmen Stellen abbauen müssen.»

### Pragmatischer Gegenvorschlag schützt Mieterinnen und Mieter

Im Wissen darum, dass eine Wohnungskündigung immer ein tiefer Einschnitt ist und hinter jedem einzelnen Fall ein menschliches Schicksal steht, hat der Kantonsrat der Wohnschutz-Initiative einen pragmatischen Gegenvorschlag gegenübergestellt.

Künftig sollen Eigentümerinnen und Eigentümer bei baubewilligungspflichtigen Projekten mit 20 oder mehr betroffenen Mietverhältnissen verpflichtet werden, zu prüfen, ob Sanierungen im bewohnten Zustand oder ein gestaffeltes Vorgehen Kündigungen vermeiden oder reduzieren können.

### Sind trotz dieser Massnahmen 20 oder mehr Kündigungen unvermeidlich, gelten klare Vorgaben:

- Ankündigung der Baumassnahmen mindestens zwölf Monate im Voraus
- Benennung einer Ansprechperson für die Mietparteien
- Kommunikationsmassnahmen wie Informationsveranstaltungen
- Angemessene Unterstützung bei der Wohnungssuche

Dies schafft Transparenz, bietet Unterstützung und sorgt für klare Regeln, während der Anreiz für Investitionen, Ersatzneubauten und neuen Wohnraum erhalten bleibt.

### Neubau ist Teil der Lösung

Die Sotomo-Studie «Wohnraum für Zürich und die Schweiz» zeigt einen mehrfachen Nutzen von Neubauwohnungen: Einerseits bieten sie jungen Familien eine Perspektive.

So zeigt die Studie, dass in Neubauwohnungen in den grossen Schweizer Agglomerationen überdurchschnittlich viele 20- bis 40-Jährige sowie besonders viele Kinder unter 10 Jahren leben. Damit schaffen Neubauten genau für jene Wohnraum, die ihn am dringendsten brauchen: für junge Familien.

Andererseits schaffen Neubauwohnungen durch Umzugsketten, die sie auslösen, Umzugsmöglichkeiten.

Wenn jemand in eine neue Wohnung zieht, wird seine bisherige frei – und diese wiederum ermöglicht weiteren Personen einen Umzug. Insgesamt finden so für jede Person, die in eine Neubauwohnung zieht, zwei weitere Menschen in der Agglomeration Zürich eine Wohnung.

### Wohnraum braucht Anreize, nicht noch mehr Regulierungen

Um den dringend nötigen Bau neuer Wohnungen anzukurbeln, stellt der Regierungsrat der Wohnungsinitiative einen Gegenvorschlag gegenüber.

Ein neuer Verfassungsartikel soll Kanton und Gemeinden verpflichten, günstige Rahmenbedingungen für ein ausreichendes und bedarfsgerechtes Wohnraumangebot zu schaffen.

Damit setzt der Gegenvorschlag bewusst auf bessere Rahmenbedingungen und Anreize, um mehr Wohnraum zu ermöglichen – mit weniger Regulierung, beschleunigten Verfahren und verdichtetem Bauen dort, wo es sinnvoll ist. ▽

## JETZT MITMACHEN

Setzen Sie sich zusammen mit der Zürcher Handelskammer und den Parteien GLP, Die Mitte, FDP und SVP gegen die linken Wohn-Initiativen ein.

Vielen Dank für Ihre Unterstützung!



# ZHK News

## **BANKENREGULIERUNG: ÜBERREGULIERUNG SCHWÄCHT DEN STANDORT ZÜRICH**

Die vom Bundesrat vorgelegten Entscheide zur Bankenregulierung drohen den Bankenplatz Schweiz und den Standort Zürich erheblich zu schwächen. Zentrale und breit vorgebrachte Einwände von Kantonen und Wirtschaft wurden übergangen. Das Parlament ist nun gefordert, die erforderlichen Korrekturen vorzunehmen.

Mit dem Festhalten an seinem Maximalvorschlag zur Eigenmittelunterlegung ausländischer Beteiligungen im Stammhaus systemrelevanter Banken übergeht der Bundesrat die überwiegend kritischen Rückmeldungen von Kantonen und Wirtschaft. Es droht ein Schweizer Alleingang, der den Finanzplatz schwächt.

Gemäss einer kürzlich veröffentlichten Studie von BAK Economics muss über zehn Jahre mit bis zu 34 Milliarden Franken Einbussen bei der Wertschöpfung, bis zu 6'300 gefährdeten Stellen und bis zu 6,4 Milliarden Franken tieferen Steuereinnahmen gerechnet werden. Gleichzeitig würden Kredite für Unternehmen und Private teurer und knapper, Investitionen geschwächt und die Attraktivität des Standorts unter Druck geraten.

### **Überregulierung fatal für Wirtschaftsstandort Zürich**

Besonders stark unter diesen Einbussen leiden würde die Region Zürich als Hauptsitz der von der geplanten Verschärfung der Kapitalvorschriften allein betroffenen UBS. Aktuell erarbeitet der Finanzplatz Zürich 44 Prozent der Wertschöpfung des gesamten schweizerischen Finanzsektors und sorgt für 43 Prozent seiner Arbeitsplätze.

Der Finanzplatz Zürich ist damit eine tragende Säule für Wirtschaft, Gesellschaft und Staat. Er bietet über 100'000 Arbeitsplätze, erarbeitet mit einer 1,7-mal höheren Arbeitsproduktivität als im gesamtwirtschaftlichen Durchschnitt mehr als ein Sechstel der regionalen Wertschöpfung und erbringt unverzichtbare Dienstleistungen für Bevölkerung und Unternehmen.

Von dieser erfolgreichen Geschäftstätigkeit profitiert auch der Fiskus, und damit wir alle. Banken und Versicherungen stemmen bis zu 40 Prozent der Unternehmenssteuereinnahmen im Kanton Zürich, in der Stadt Zürich gar 50 Prozent.

Kurz: Der Zürcher Finanzsektor ist für Wertschöpfung, Beschäftigung und Steuereinnahmen der Region systemrelevant. Seine Relevanz ist zuletzt gar noch gestiegen.

### **Die Politik ist jetzt gefordert**

Gerade unter dem Gesichtspunkt der angestrebten Stabilität ist die vorgeschlagene institutspezifische Extremlösung mit hohen volkswirtschaftlichen Kosten der falsche Weg. Um eine Stärkung der Stabilität des Bankenplatzes mit verhältnismässigen, international abgestimmten Instrumenten zu ermöglichen, ist nun das Parlament gefordert.

Zu begrüssen ist derweil, dass Kritikpunkte aus der Vernehmlassung in der Eigenmittelverordnung berücksichtigt wurden. Positiv ist insbesondere, dass die allermeisten Banken neu von zusätzlichen Verschärfungen ausgenommen werden. Die für die übrigen Banken vorgesehenen neuen Bewertungen für spezielle Bilanzpositionen wie Software gehen zwar über den internationalen Standard hinaus, sind aber mit konkurrierenden Finanzplätzen abgestimmt und deshalb für den Finanzplatz tragbar.

Insgesamt bleibt indes schwer nachvollziehbar, dass der Bundesrat seine Entscheide mit Nachdruck als «Elemente eines ausgewogenen Gesamtpakets» darstellt. Obwohl mehrfach gefordert, fehlt bis heute eine umfassende Darstellung und Beurteilung des vorgesehenen regulatorischen Pakets zur Stärkung des Finanzplatzes. ▽

Zur Medienmitteilung der Zürcher Handelskammer:



## **5 FRAGEN AN FABIAN HALMER, PRÄSIDENT DES SCHWEIZERISCHEN VERBANDS DER IMMOBILIENWIRTSCHAFT (SVIT) BEIDER BASEL**

Am 14. Juni 2026 stimmt der Kanton Zürich über die Wohnschutz-Initiative ab. Sie will den Gemeinden weitreichende Eingriffe bei Abbrüchen, Umbauten und Renovationen ermöglichen; der Kantonsrat lehnt die Initiative ab und stellt ihr einen Gegenvorschlag gegenüber. Für den Wohnungsmarkt in Zürich wäre ein solcher

**Wohnschutz ein riskanter Weg. Der Blick nach Basel-Stadt zeigt, weshalb: Dort ist ein vergleichbares Regime bereits in Kraft – die Bau- und Sanierungstätigkeit ging danach massiv zurück. Fabian Halmer, Präsident des SVIT beider Basel, schildert im Interview, welche Folgen diese Regulierung aus seiner Sicht in der Praxis hat – und weshalb Zürich aus den Basler Erfahrungen lernen sollte.**



**Wie beurteilen Sie die Auswirkungen des Wohnschutzes in Basel-Stadt seit dessen Einführung?**

Der Basler Wohnschutz verfehlt sein Ziel. Er hat Renovationen weitgehend zum Stillstand gebracht und verhindert Aus- und Neubauten, die dringend nötig wären. Gleichzeitig entfernen sich Angebots- und Bestandesmieten immer weiter voneinander, was Umzüge zusätzlich erschwert. Auch energetische Sanierungen bleiben wegen der Regulierung aus. Damit geraten die ambitionierten Klimaziele unter Druck.

**Welche Entwicklungen beobachten Sie seit der Einführung des Wohnschutzes bei Baugesuchen, Sanierungen und Investitionen in den bestehenden Wohnungsbestand?**

Viele Eigentümer verschieben Investitionen oder verzichten ganz darauf, weil die Bewilligungsverfahren unsicher, langwierig und wirtschaftlich kaum kalkulierbar sind. Besonders energetische Sanierungen und qualitative Verbesserungen bleiben aus, obwohl sie politisch erwünscht wären. Das Präsidialdepartement reagierte deshalb bereits im Sommer 2025 und passte die Wohnschutzverordnung an. Die neuen Regeln gelten seit November 2025 und sollen energetische Sanierungen fördern. Das ist ein Schritt in die richtige Richtung, reicht aber nicht aus. Es braucht zusätzliche Anpassungen auf Gesetzesebene. Die Wirkung der Änderungen muss nun genau beobachtet werden.

**Welche Folgen haben diese Entwicklungen für das Wohnungsangebot, die Qualität des Wohnungsbestands und den Wohnungsmarkt insgesamt?**

Ein Blick in den Kanton Genf zeigt, wohin eine dauerhafte Überregulierung führt. Dort wurden über 80 Prozent der mehr als 40 Jahre alten Wohnungen noch nie renoviert. Wenn weniger gebaut, saniert und investiert wird, verschärft sich die Wohnungsknappheit langfristig. Der Wohnungsbestand altert, energetische Standards werden verpasst und die Angebotsvielfalt nimmt ab. Der Wohnungsmarkt verliert an Dynamik. Am Ende finden ausgerechnet jene Haushalte, die geschützt werden sollen, immer weniger passende Wohnungen.

**Wie schätzen Sie die aktuelle Lage auf dem Wohnungsmarkt in Basel-Stadt ein – und welche Perspektiven sehen Sie, solange der Wohnschutz in dieser Form gilt?**

Der Wohnungsmarkt in Basel-Stadt ist intakt – aber angespannt. Die Leerstände sind sehr tief, gleichzeitig wächst die Nachfrage weiter, auch wegen der Zuwanderung. Solange der Wohnschutz in seiner heutigen Form gilt, ist kaum mit einer Entspannung zu rechnen. Ohne Investitionsanreize und mit hohen regulatorischen Hürden bleibt das Angebot strukturell zu knapp. Die Perspektive ist deshalb eine weitere Verfestigung des Mangels – nicht dessen Lösung.

**Was ist aus Ihrer Erfahrung in Basel-Stadt die wichtigste Lehre für den Kanton Zürich, der nun über eine ähnliche Initiative abstimmt?**

Die zentrale Lehre aus Basel lautet: Wohnschutz ersetzt keine Politik, die zusätzlichen Wohnraum ermöglicht. Wer das Angebot reguliert, ohne Neubau und Erneuerung zu erleichtern, verschärft die Knappheit. Zürich sollte diese Erfahrungen ernst nehmen und nicht denselben Weg einschlagen. Nachhaltig bezahlbarer Wohnraum entsteht durch mehr Angebot, schnellere Verfahren und verlässliche Rahmenbedingungen – nicht durch zusätzliche Verbote und Unsicherheit. Gleichzeitig ist es enorm wichtig, die Sorgen und Ängste der Bevölkerung ernst zu nehmen. Die Immobilienwirtschaft muss ihrer sozialen Verantwortung gerecht werden. In den allermeisten Fällen tut sie das bereits heute. Zudem braucht es gezielte Anreize, um mehr bezahlbaren Wohnraum zu schaffen. ▽

## **DIE BILATERALEN SIND WICHTIG FÜR UNSERE UNTERNEHMEN**

Das Komitee «Unternehmerinnen & Unternehmer PRO Bilaterale» bringt gestandene Unternehmerinnen und Unternehmer zusammen, die aus der Praxis aufzeigen: Der bilaterale Weg ist zentral für die Wettbewerbsfähigkeit und Stabilität des Wirtschaftsstandorts Schweiz.

«Unternehmerinnen & Unternehmer PRO Bilaterale» verleiht der unternehmerischen Praxis eine starke Stimme. Gestandene Unternehmerinnen und Unternehmer setzen sich darin sichtbar und glaubwürdig für den bilateralen Weg ein.

Das von economiesuisse lancierte Komitee zeigt, wie zentral die Bilateralen für die Wettbewerbsfähigkeit, Stabilität und die Zukunft des Wirtschaftsstandorts Schweiz sind. Denn die bilateralen Abkommen schaffen für die Unternehmen verlässliche Rahmenbedingungen und sichern den optimalen Zugang zum EU-Binnenmarkt. Gerade in geopolitisch unsicheren Zeiten ist ein stabiles Verhältnis zu unserer mit Abstand wichtigsten Handelspartnerin von entscheidender Bedeutung.

### **Wirtschaft steht hinter den Bilateralen**

Zahlreiche Unternehmerinnen und Unternehmer haben sich dem Komitee bereits angeschlossen und ein persönliches Statement abgegeben. Sie stehen mit ihrem Namen und ihrem Gesicht für den bilateralen Weg ein und zeigen: Die Schweizer Wirtschaft steht hinter den Bilateralen. In Interviews erläutern sie aus erster Hand, welche konkrete Bedeutung die Bilateralen für ihre Unternehmen haben und wie sie den unternehmerischen Alltag prägen – von Lieferketten über den Zugang zu Fachkräften bis hin zu Standort- und Investitionsentscheiden.

Die Vielfalt der vertretenen Unternehmen – von KMU bis zu international tätigen Firmen – verdeutlicht die Relevanz der Bilateralen für unterschiedliche Geschäftsmodelle und Branchen.

### **Werden Sie Teil des Komitees**

Der bilaterale Weg braucht eine starke, gemeinsame Stimme der Wirtschaft. Unternehmerinnen und Unternehmer sind daher eingeladen, sich dem Komitee anzuschliessen und ihre Stimme einzubringen. Die Unterstützung weiterer Unternehmerpersönlichkeiten stärkt die Sichtbarkeit der unternehmerischen Perspektive und erhöht die Glaubwürdigkeit des Komitees. Auch das gezielte Aktivieren des eigenen Netzwerks leistet einen wichtigen Beitrag. ▽

Weitere Informationen zum Komitee finden Sie unter:



## **NEUE STUDIE: BUNDESUBVENTIONEN WACHSEN TROTZ SPARDRUCK RASANT**

Das Institut für Wirtschaftspolitik (IWP) legt erstmals eine vollständige Empfängerstatistik der Bundessubventionen vor: 48,6 Mrd. Franken, mehr als die Hälfte der Bundesausgaben. Der Bericht zeigt: Subventionen nehmen rasant zu, verursachen oft auch Fehlanreize und schwächen die Eigenverantwortung.

Staatliche Beihilfen und Subventionen sind seit jeher ein weit verbreitetes Instrument der öffentlichen Finanzen. Das IWP hat diesen Januar erstmals eine umfassende Empfängerstatistik zu den Schweizer Bundessubventionen publiziert. Der Bericht analysiert Erstempfänger mit Namen, Leistung und ausbezahlter Summe. Der Bericht ist damit detaillierter als die öffentlich zugängliche Datenbank des Bundes.

### **Mehr als die Hälfte des Bundesbudgets – primär für die soziale Wohlfahrt**

Insgesamt veranschlagte der Bund 2025 48,6 Mrd. Franken an staatlichen Beihilfen – mehr als die Hälfte der laufenden Bundesausgaben. 72 Prozent der Zahlungen waren für private, teils gewinnorientierte Institutionen bestimmt. Gemessen am Volumen jedoch entfielen 82 Prozent auf staatliche oder teilstaatliche Empfänger – mit den grössten Einzelposten soziale Wohlfahrt (24 Mrd.), Eisenbahnen (5,7 Mrd.) und Landwirtschaft (2,8 Mrd.).

### **Ökonomische Legitimation fehlt oft**

Dabei fehlt bei vielen dieser Subventionen die ökonomische Legitimation. Gerechtfertigt sind sie grundsätzlich dort, wo öffentliche Güter bereitgestellt, Externalitäten korrigiert oder Leistungen der Grundversorgung sichergestellt werden. Doch sie unterliegen oft Mitnahmeeffekten, verzerren den Wettbewerb oder setzen Rent-Seeking-Anreize. Das schwächt die Eigenverantwortung und den Reformdruck – etwa in der sozialen Wohlfahrt, wo hohe Transferzahlungen die strukturell unterfinanzierte AHV stützen.

Zudem kann die Förderung ausgewählter Technologien dazu führen, dass nicht berücksichtigte, jedoch vielversprechende Alternativen verdrängt werden. Problematisch ist letztlich auch, wenn politisch gut organisierte Gruppen profitieren, aber die Allgemeinheit die Kosten trägt.

#### **Dringender Reformbedarf**

Das Resultat: Die Subventionen sind kontinuierlich gestiegen, seit 2015 inflationsbereinigt um 22.8 Prozent bzw. 9 Mrd. Franken, allein im Sozialstaat um 6,4 Mrd. Franken.

Die schiere Menge der Transaktionen verunmöglicht derzeit Transparenz und Wirkungskontrollen. Gerade auch vor dem Hintergrund der Schuldenbremse und anderer Herausforderungen im öffentlichen Haushalt – Stichworte sind das Entlastungspaket 27 oder die diversen Ideen zur Erhöhung der Mehrwertsteuer – wäre eine solche Überprüfung und Reform dringend angezeigt. Sie wäre fiskalisch, ökologisch und sozial sinnvoll. [zhk.ch](http://zhk.ch)

## **RECHNUNG KANTON ZÜRICH 2025 ZEIGT DEUTLICHEN EINNAHMENÜBERSCHUSS**

**Der Kanton Zürich schliesst die Rechnung 2025 mit einem deutlichen Überschuss von 727 Millionen Franken ab. Hauptgrund dafür sind Mehrerträge bei den Steuern von über 660 Millionen Franken. Dies verdeutlicht: Auch eine Steuersenkung um 5 Prozentpunkte wäre möglich gewesen. Der Kanton Zürich muss einen erneuten Versuch wagen, die schweizweit höchsten Gewinnsteuern für Firmen endlich zu senken.**

Insbesondere die Steuererträge übertrafen das Budget mit einem Überschuss von 660 Millionen Franken bei weitem und trugen wesentlich zum positiven Jahresergebnis bei. Ergänzt durch weitere günstige Entwicklungen, etwa eine erhöhte Gewinnausschüttung der Nationalbank, resultiert daraus ein aussergewöhnlich gutes Rechnungsergebnis von 727 Millionen Franken. Hervorzuheben ist zudem der Selbstfinanzierungsgrad von rund 150 Prozent. Das bedeutet, dass der Kanton seine Investitionen vollständig aus eigenen Mitteln finanzieren kann.

#### **Wirtschaftsstandort stärken – Gewinnsteuern im Kanton Zürich endlich senken**

Der Kanton Zürich hat die höchsten Gewinnsteuern in der gesamten Schweiz. Jedes Jahr verlassen Unternehmen den Kanton, um sich in

steuergünstigeren Kantonen anzusiedeln. Dadurch gehen Arbeitsplätze und Steuersubstrat verloren. Auch wenn die Steuervorlage am 18. Mai 2025 beim Volk knapp nicht durchkam: Der bürgerlich geprägte Kantons- und Regierungsrat steht in der Pflicht, diesen Missstand in absehbarer Zeit zu beheben.

#### **Weiterhin ungebremstes Stellenwachstum**

Ein wesentlicher Treiber der Ausgaben bleibt das ungebremste Personalwachstum des Kantons. Im Vergleich zur Rechnung 2024 stieg der Personalbestand um 1149 Stellen und damit prozentual schneller als die Bevölkerung. Der Regierungsrat sollte das Personalwachstum bremsen und bei der Entwicklung des Personalbestands stärker darauf achten, die Effizienz der Verwaltung zu steigern. [zhk.ch](http://zhk.ch)

## **Neue ZHK-Mitglieder**

### **Swiss Who's Who – The Swiss Leading Network**

Das Swiss Who's Who vereint 1'500 Schweizer Persönlichkeiten und Führungskräfte aus den Bereichen Wirtschaft, Finanzen, Politik, Forschung, Bildung, Medien, Sport und Kultur. Als Premium-Plattform für Einfluss verbindet Swiss Who's Who ein anerkanntes biografisches Nachschlagewerk, eine digitale Plattform sowie exklusive Veranstaltungen mit dem Ziel, Exzellenz, Leadership, Fachkompetenz, Wirkung und Wissensweitergabe in der Schweiz und darüber hinaus zu fördern.

[www.swisswhoswho.ch](http://www.swisswhoswho.ch)

### **JEFF Zürich AG**

JEFF ist eine Kreativagentur mit Büros in Zürich, Lausanne und Berlin. Als «Home of Creative Experiences» bietet JEFF Dienstleistungen in den Bereichen Live, Campaigns, Interaction und Visual Design an. JEFF gestaltet Erlebnisse zwischen Marken, Unternehmen, Produkten und Menschen, physisch oder digital und unabhängig von Kanälen. JEFF begeistert Menschen und Marken seit 2011, unabhängig und inhabergeführt.

[www.jeff.agency](http://www.jeff.agency)

# Aktuelle Events



**7. MAI 2026**  
Panel-Diskussion zur  
Wohnschutz-Initiative

**29. JUNI 2026**  
Generalversammlung mit  
Bundesrat Martin Pfister

**7. MAI 2026**  
Partner-Event VZH: Arbeitszeugnis:  
Wahrheit oder Wohlwollen?

Weitere Informationen sowie die Anmeldung für diese und andere ZHK- und Partner-Events finden Sie unter:  
[www.zhk.ch/events](http://www.zhk.ch/events)

**18. MAI 2026**  
Podium zur «10-Millionen-Schweiz!»-  
Initiative mit Bundesrat Beat Jans

**Impressum**  
Die Zürcher Handelskammer vertritt als branchenübergreifender Wirtschaftsverband die Interessen ihrer über 1300 Mitglieder in den Kantonen Zürich, Zug und Schaffhausen. Sie setzt sich seit 150 Jahren für liberale und wettbewerbliche Rahmenbedingungen für Unternehmen ein und bietet zahlreiche Dienstleistungen für die exportierende Wirtschaft an.

Die ZHK behält sich vor, eingesandte Texte zu kürzen oder zu modifizieren.

**26. MAI 2026**  
Townhall-Dialog,  
Wir, die Wirtschaft

**Quellen**  
ZHK, rivedia.com  
  
**Zürcher Handelskammer**  
Löwenstrasse 11, Postfach,  
8021 Zürich, zhk.ch

**27. MAI 2026**  
Frühstücksevent: Sotomo-Studie  
zu preiswertem Wohnraum

**Direktion**  
+41 (0)44 217 40 50  
direktion@zhk.ch  
  
**Beglaubigungen / Carnet ATA**  
+41 (0)44 217 40 40  
beglaubigung@zhk.ch

